

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Kinder, Jugend, Familie  
Beschlussdatum: 02.01.2025

## Änderungsantrag zu WP-01-K2

**Von Zeile 371 bis 372 einfügen:**

Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, sollen Verhütungsmittel- und methoden für alle Menschen mit geringem Einkommen kostenlos verfügbar sein. Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die

**Von Zeile 375 bis 377 einfügen:**

gestalten wir das Elterngeld attraktiver und setzen Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten. Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der Einführung des Elterngeldes unverändert ist, wollen wir auf 400 bzw. 2.400 Euro

## Begründung

Der Zugang zu Verhütungsmitteln darf nicht vom Einkommen abhängig sein. Diese Forderung war bereits im Koa\_Vertrag der Ampel enthalten.

Pflegeeltern erhalten bisher kein Elterngeld, mit der Begründung, dass sie Pflegegeld erhalten. Dessen Höhe wird regelmäßig vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge aktualisiert. Von dort wird ausdrücklich betont, dass das Pflegegeld einen anderen Zweck als das Elterngeld erfüllt. Die Forderung war bereits im Koa-Vertrag der Ampel enthalten. Eine Umsetzung wurde auch vom Bundesrat empfohlen. (vgl. u.a.: <https://www.datev-magazin.de/nachrichten-steuern-recht/recht/auch-pflegeeltern-sollen-elterngeld-erhalten-132467>)